

## **Angst und Verunsicherung vor den Pensionsplänen der Regierung treibt hunderte Arbeitnehmer in die AK-Rechtsberatung**

Linz (AKO) Die Rechtsberater der Arbeiterkammer sind seit dem Bekanntwerden der Pensionspläne der neuen Regierung mit einem regelrechten Ansturm verunsicherter und besorgter Arbeitnehmer konfrontiert. Die Zahl der Menschen, die sich aus Sorge um ihre soziale Absicherung im Alter an die AK wenden, hat sich in den letzten Wochen in allen Beratungszentren der Arbeiterkammer in Oberösterreich verdoppelt bis verdreifacht.

"Pensionsfragen sind Vertrauensfragen. Änderungen im System dürfen daher nur behutsam, langfristig und vor allem sozial ausgewogen erfolgen, sonst geht das Vertrauen der Betroffenen in die Politik verloren", meint AK-Präsident Hubert Wipplinger. Mit ihren überfallsartigen und unsozialen Eingriffen ins Pensionssystem hat die Regierung dieses Vertrauen auf einen Schlag zerstört. Der explosionsartige Anstieg der Beratungen zu Pensionsfragen, den die AK verzeichnet, sei ein deutlicher Beleg dafür.

"Zu uns kommen vor allem Menschen, die kurz vor der Pension stehen. Sie wissen nicht mehr, wann sie überhaupt in Pension gehen können und welche Kürzungen sie dann zu befürchten haben. Viele sehen ihre gesamte Zukunftsplanung in Frage gestellt, sind verzweifelt und verbittert", sagt die AK-Rechtsberaterin Gudrun Woisetschläger, die Tag für Tag Beratungsgespräche mit besorgten Arbeitnehmern führt. Auch immer mehr jüngere Arbeitnehmer wenden sich an die AK, weil sie fürchten, dass sie in Zukunft überhaupt keine gesetzliche Altersversorgung mehr bekommen, von der man auch leben kann.

Die AK-Rechtsexperten beraten kompetent und ausführlich, in der Sache selbst sind sie allerdings machtlos. "Für die Verbitterung und Verunsicherung der Bevölkerung in Pensionsfragen ist die Regierung verantwortlich", stellt AK-Präsident Hubert Wipplinger fest und meint weiter: "Die AK-Position dazu ist eindeutig. Diese Pensionspläne müssen vom Tisch. Die AK wird alles in ihrer Macht stehende tun, damit die Anhebung des Pensionsantrittsalters und die unsozialen Pensions-Abschläge nicht eingeführt werden."

Rückfragehinweis: Arbeiterkammer Oberösterreich

Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: (0732) 6906-2182  
presse@ak-ooe.at  
www.ak-ooe.at

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0019 2000-03-05/08:48

050848 Mär 00

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20000305\\_OTS0019](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000305_OTS0019)